



Info-Veranstaltung mit Landrat Einhaus

Die Diskussion über die Bildung einer „Region Braunschweig“ ist in vollem Gange. Brauchen wir überhaupt eine Region? Gehen in der neu geschaffenen Region mit rund 140 Kommunen nicht die Selbstverwaltung und die Bürgernähe verloren? Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt der Info-Veranstaltung am 27.11.2008 im Egon-Bahr-Haus in Peine mit Landrat Franz Einhaus, der zu diesem Thema vor dem erweiterten Vorstand referierte.

Anwesend war auch der Peiner SPD-Landtagsabgeordnete Matthias Möhle. Landrat Einhaus ging zu Beginn seines Referates insbesondere auf die unterschiedliche Verschuldung der niedersächsischen Landkreise ein. Dabei gibt es keinen Zusammenhang zwischen der finanziellen Situation und der Größe des jeweiligen Landkreises. Und wenn man sich die finanzielle Situation der Landkreise und der Region Hannover ansieht, fällt sofort auf, dass es der Region „miserabel“ geht und dass sie wesentlich teurer ist als z.B. der Landkreis Peine.

Landrat Einhaus ließ auch keinen Zweifel daran, dass im Falle der Auflösung der Landkreise die

Gemeinden eine Größenordnung von 25 – 30.000 Einwohner haben müssten. Dieses würde bedeuten, dass z.B. Lengede und Vechelde sowie Edemissen und Wendeburg zusammengelegt werden müssten.

In der Region mit rd. 1,2 Mio. Einwohnern und einer Fläche, die größer als das ganze Saarland ist, wäre eine verantwortungsvolle ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit schlichtweg nicht mehr möglich. Schon von daher wären verfassungsrechtliche Bedenken und Zweifel angebracht.

Er ging weiter auf die unterschiedlichen Aufgaben eines Landrates mit einem Flächenkreis und den Oberbürgermeistern aus Braunschweig und Wolfsburg ein. Seitens der Presse werden deren strategische Überlegungen ganz bewusst zurückgehalten. Kritik ergab sich auch an der Stellungnahme der Braunschweiger IHK, auch wegen jetzt schon bestehender Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen, insbesondere bei jungen Leuten.

Die Hauptaufgaben der Landkreise liegen im sozialen Bereich; Jugendarbeit, Altenbetreuung, Schule und Vereine. 70 % der sozialen Kompetenzen werden im Alter von 0 – 3 Jahren erworben. Politische Zuschnitte müssen übereinstimmen mit einer vernünftigen Arbeit nahe am Menschen. Nur das ist Bürgernähe!

Weiter wurde kritisiert, dass man größtenteils den populistischen Vorschlägen- insbesondere des Braunschweiger Oberbürgermeisters nachläuft. Es gab daher wenig Verständnis für die Vorgehensweise der verantwortlichen SPD-Politiker auf Bezirks- und Landesebene. Dieses Thema sollten Sozialdemokraten aus der Opposition heraus nicht anfassen.

Wolfgang Welge